

# **Bericht der Landtagsdebatte vom 31. Januar - 2. Februar 2018 (55. und 56. Sitzung) – Bildung | Hochschule | Kinder & Jugendliche | Kultur**

## **BILDUNG/HOCHSCHULE**

### **Gesetz für familiengerechte Kindertagesstätten (Siebtes Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes)**

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 6/7974 vom 18.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7900/7974.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7900/7974.pdf)

### **Bericht zur Anwendung des §1 (2) des Kindertagesstättengesetzes (KitaG)**

Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 6/8062 vom 30.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_8000/8062.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8000/8062.pdf)

Brandenburger Kitas bieten lange Öffnungszeiten an, bekommen aber nicht das zusätzliche Personal, das dafür eigentlich nötig wäre. Die Kitas sind deshalb gezwungen, ihr Personal auf mehr Stunden zu verteilen. Also werden die Kita-Gruppen größer, als es eigentlich für die Kinder gut wäre. Denn bisher gibt es in Brandenburg nur zwei Betreuungszeitstufen, auf deren Basis die Kommunen die Kosten vom Land erstattet bekommen: „Unter sechs Stunden“ und „über sechs Stunden“. Mit der Einführung einer dritten Betreuungszeitstufe „über acht Stunden“ auf Basis des Betreuungsschlüssels 1 zu 5 (Krippen) und 1 zu 11 (Kitas) wollen die CDU und wir den tatsächlichen Bedarf abbilden und damit sicherstellen, dass die Kommunen so ausfinanziert werden, dass sie den Kitas diese Mittel für mehr Personal zur Verfügung stellen können. Die Regelung sollte schrittweise ab 1.8.2018 in Kraft treten, hätte im ersten Jahr 20 Mrd. Euro, in der Ausbaustufe ab 2020 rd. 90 Mrd. Euro jährlich gekostet und einen Mehrbedarf von 1700 Erzieher\*innen bedeutet. Damit wäre eine weitere Voraussetzung für mehr Bildungsqualität in den Kitas erfüllt worden.

Die Koalition hat unseren Gesetzesantrag abgelehnt und stattdessen per Beschluss einen Bericht zum 4. Quartal 2018 angefordert über die Inanspruchnahme von erweiterten Öffnungszeiten und „Hinweisen zur weiteren Ausgestaltung von Verfahrensabläufen und Prüfkriterien im Rahmen einer Gesetzesnovelle“.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier lesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-201801031-kindertagesstaetten/>

### **Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung vom 19.01.2018 1. Lesung  
Drucksache 6/7976 Neudruck

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7900/7976.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7900/7976.pdf)

Aufgrund des Lehrkräftemangels hat die Landesregierung einen umfangreichen Änderungskatalog des erst 2012 beschlossenen Lehrerbildungsgesetzes vorgelegt. Der Entwurf enthält u. a.:

- die Möglichkeit zur Verlängerung des Vorbereitungsdienstes von 12 auf 18 Monate für Studierende und Absolvent\*innen, die ohne schulpraktische Studien aus anderen Bundesländern zu uns wechseln,
- die Öffnung des Masterstudiums für das Lehramt auch für Absolvent\*innen eines nicht lehramtsbezogenen Bachelorabschlusses,
- die Möglichkeit zur Teilnahme an einem besonders gestalteten Vorbereitungsdienst für Absolvent\*innen von Fachhochschulen, die genügend Kenntnisse in zwei Fächern aufweisen,
- die Möglichkeit von berufsbegleitenden oder in Teilzeit zu absolvierenden Vorbereitungsdiensten.

Wie Seiteneinsteiger\*innen vorbereitet und fortgebildet werden sollen, soll allerdings nicht abschließend im Gesetz sondern in einem im März erscheinenden Konzept der Landesregierung geregelt werden.

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (federführend) und den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur überwiesen.

Meine Rede könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-20180201-bildungspolitik/>

## **Ausbau und Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen**

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6258 vom 21.03.2017

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_6200/6258.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_6200/6258.pdf)

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport**

Drucksache 6/9035 vom 25.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_8000/8035.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8000/8035.pdf)

In acht Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs gibt es Jugendberufsagenturen, weitere sind in Vorbereitung. In einer Anhörung im ABJS wurde deutlich, dass diese unterschiedlich strukturiert sind und nur zwei tatsächlich ihr Angebot unter einem Dach anbieten. Allerdings sei gute Qualität auch bei getrennten Standorten möglich. Der in der Sache veraltete Antrag der CDU sollte durch eine Beschlussempfehlung von CDU und uns ersetzt werden. Darin haben wir u. a. betont, dass die im Rahmen der rechtskreisübergreifenden Kooperation möglichst alle relevanten Akteur\*innen aus Arbeitsagenturen, Jobcentern, der Jugendhilfe und Sozialarbeit, den Kammern und Vertreter\*innen des tertiären Bildungsbereichs sowie dem System Schule beteiligt werden sollten. Zudem haben wir anerkannt, dass Jugendliche frühe Angebote der Berufsorientierung brauchen und in Krisensituationen auch aufsuchende Angebote benötigen. Außerdem haben wir eine Anschubmitfinanzierung für die Jugendberufsagenturen durch das Land angeregt. Letzteres wurde von der Koalition abgelehnt. Da wir uns aber ansonsten in den Zielen recht einig waren, haben wir uns zur Beschlussempfehlung der Koalition enthalten.

Meine Rede könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-20180201-arbeitsmarktpolitik/>

## **Gute Ausbildung für alle – Berufsausbildungsbeihilfe novellieren und Mindestausbildungsvergütung einführen**

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7956 vom 16.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7900/7956.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7900/7956.pdf)

Obwohl die Zahl der ausgewiesenen Ausbildungsplätze und die Zahl der Suchenden inzwischen nahezu ausgeglichen sind, bleiben immer noch zu viele Schulabgänger\*innen ohne Ausbildungsplatz und der Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge liegt in Brandenburg kontinuierlich bei 25-30 Prozent. Auch bildet nur gut jeder fünfte Betrieb in Brandenburg aus. Die Ausbildungsvergütungen sind insbesondere in Ostdeutschland sehr niedrig und die Berufsausbildungsbeihilfe unzureichend. Die Koalition hat mit diesem Antrag der Landesregierung einen Berichtsauftrag über die Situation von Auszubildenden zum 3. Quartal 2018 erteilt, sie ferner aufgefordert, den Brandenburgischen Ausbildungskonsens fortzuschreiben und sich gegenüber dem Bund für eine Mindestausbildungsvergütung und einer Anhebung und Vereinfachung der Berufsausbildungsbeihilfe einzusetzen.

Der Antrag wurde auch mit unseren Stimmen angenommen.

Meine Rede könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-20180201-ausbildung/>

## **Mündliche Anfrage Nr. 1164:**

### **Ausschluss von studentischen Beschäftigten bei Personalratswahlen**

Personalratswahlen müssen laut Personalvertretungsgesetz zwischen dem 1. März und 31. Mai und rechtzeitig vor Ablauf der jeweiligen Wahlperiode stattfinden. Z. B. enden die Amtszeiten der amtierenden Personalräte an der Universität Potsdam am 4. Mai. Bisher sind Studierende, die an einer Hochschule eine Beschäftigung ausüben, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dies entspricht nicht Art. 50 der Verfassung des Landes Brandenburg, wonach Beschäftigte das Recht auf Mitbestimmung in Betrieben, Unternehmen und Dienststellen haben. Die Landesregierung hatte auf meine Anfrage im März des letzten Jahres zugesagt, das Problem zu lösen, aber bislang nichts umgesetzt. Laut Referentenentwurf zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften soll studentischen Beschäftigten die Möglichkeit zur Beteiligung an den Personalratswahlen eingeräumt werden. Da dieser Gesetzentwurf aber noch nicht offiziell eingereicht ist, wird die gesetzliche Änderung nicht mehr rechtzeitig vor den Wahlen erfolgen können.

Deshalb frage ich die Landesregierung:

Welche Lösung hat die Landesregierung den studentischen Beschäftigten für dieses Problem anzubieten?

**Antwort der Landesregierung:**

Namens der Landesregierung beantworte ich Ihre o.a. mündliche Anfrage wie folgt:

Nach der aktuellen Regelung im Personalvertretungsgesetz sind Studierende, die an einer Hochschule eine Beschäftigung ausüben, nicht vom Anwendungsbereich des Gesetzes erfasst. Damit sind sie bei Personalratswahlen weder wahlberechtigt noch wählbar. Die Landesregierung ist nicht der Auffassung, dass das Gesetz in der jetzigen Fassung verfassungswidrig ist. Zudem haben auch andere Länder ähnliche Regelungen.

Dessen ungeachtet möchte die Landesregierung die Rechtsstellung der studentischen Beschäftigten verbessern und hat deshalb eine entsprechende Gesetzesvereinbarung im Rahmen eines Artikelgesetzes vorbereitet, die dem Landtag nach der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg bereits vorab zur Kenntnis gegeben wurde. Danach soll das Personalvertretungsgesetz zukünftig vollumfänglich auch für die studentischen Beschäftigten gelten.

Ich gehe davon aus, dass dem Landtag ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung noch im ersten Halbjahr 2018 zugeht.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Martina Münch

---

## **KINDER & JUGENDLICHE**

### **Bundesratsinitiative zur Änderung des SGB VIII**

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/7938 vom 10.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7900/7938.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7900/7938.pdf)

### **Altersfeststellung bei unbegleiteten ausländischen Jugendlichen in der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) als Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungszentrum**

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/8020 (Neudruck) vom 23.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_8000/8020.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8000/8020.pdf)

Die AfD zündelt mit der Aufforderung zu einer Bundesratsinitiative für zwingende medizinische Untersuchungen zur Altersfeststellung von unbegleiteten ausländischen Jugendlichen, wenn Ausweisdokumente deren Alter nicht zweifelsfrei belegen. Die CDU schloss sich mit ihrem Entschließungsantrag dem Anliegen leicht verklausuliert an und fordert zudem die ZABH in Eisenhüttenstadt als eine zentrale Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtung zu nutzen. Personen sollten dort während des Verfahrens für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten untergebracht werden können. Wir haben uns beiden Vorschlägen entschieden entgegengestellt und stattdessen betont, dass Kinder und Jugendliche, die unbegleitet zu uns kommen,

insbesondere die aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten, in erster Linie Hilfe, Unterstützung und so bald als möglich eine Perspektive brauchen. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier lesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-20180131-sozialleistungen/>

## **Erstes Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg - Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten**

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7796 vom 13.12.2017

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7700/7796.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7700/7796.pdf)

Dieser Antrag enthält u. a. Vorschläge zur Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung. Dazu hatten wir ja in der letzten Plenarwoche einen eigenen Antrag „**Erstes Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**“ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/7660 vom 21.11.2017) vorlegt. Deswegen haben wir in dieser Sitzung in unserem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Koalition auch auf Änderungen zur Kinder- und Jugendbeteiligung verzichtet, da hierzu ja schon in unser eigener Gesetzentwurf vorliegt.

Zusammen mit unserem Änderungsantrag, Drucksache 6/8061 wurde der Gesetzentwurf der Koalition überwiesen in den Ausschuss für Inneres und Kommunales (federführend) und den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. In diese beiden Ausschüsse war in der 54. Plenarsitzung auch unser Gesetzentwurf (Drucksache 6/7660 s.o.) überwiesen worden. Wir streben eine eigenständige Ausschussanhörung zu den kinder- und jugendpolitischen Aspekten der beiden Gesetzesanträge an.

Die Rede zu dem Gesetzesantrag hielt meine Kollegin Ursula Nonnemacher:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/un-20180131-kommunalpolitik/>

## **Einrichtung von Einsatzstellen im Bereich "Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben/in der Demokratie (FSJ Politik)" bei der Verwaltung des Landtages Brandenburg**

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/8011 vom 23.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_8000/8011.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8000/8011.pdf)

Mit dem Antrag wird Landtagspräsidentin gebeten, ein Konzept zur Einrichtung von Einsatzstellen für den Bereich „Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben/in der Demokratie (FSJ Politik)“ bei der Landtagsverwaltung zu erstellen und das Konzept dem Hauptausschuss bis zum Ende des zweiten Quartals 2018 zur Beratung vorzulegen. Der Antrag wurde ohne Debatte beschlossen.

---

## **KULTUR**

### **Evaluation des Konzepts „Geschichte vor Ort. Erinnerungskultur im Land Brandenburg für die Zeit von 1933 bis 1990“ (Drucksache 4/7529)**

Bericht der Landesregierung (gemäß Beschluss des Landtages vom 18.05.2017 - Drs. 6/6388-)

Drucksache 6/7875 (Neudruck) vom 28.12.2017

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7800/7875.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7800/7875.pdf)

Der lesenswerte Evaluationsbericht gibt eine gute Übersicht über die Umsetzung und Entwicklung des Konzepts zur Erinnerungskultur für die Zeit von 1933 bis 1990 und zeigt weitere inhaltliche und finanzielle Bedarfe auf. Uns beschäftigt dabei u.a. die Frage, wie das Ziel von vermehrten Besuchen durch Brandenburger Schulklassen besser evaluiert und erreicht werden kann. Ich habe darauf hingewiesen, dass der Bericht Lücken aufweist zur Frage, wie Gedenken in einer Migrationsgesellschaft gelingen kann und wie dabei auch ein Resonanzboden für die Geschichten und Erinnerungen, die Zugewanderte mitbringen, geschaffen werden kann.

Unser Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurde abgelehnt. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier lesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-20180131-erinnerungskultur/>

## **Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg**

Gesetzentwurf der AfD-Fraktion

Drucksache 6/7959 vom 16.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7900/7959.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7900/7959.pdf)

Die AfD will die Verfassung zu ändern, um die „deutsche Kultur als Grundlage der Gesellschaft sowie Ursprung der Traditionen, Regeln, Sprache, Sitten und Gebräuche im Land Brandenburg“ zu schützen. Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier lesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-20180131-leitkultur/>

## **Heimat- und Brauchtumpflege in Brandenburg**

Große Anfrage der CDU-Fraktion

Drucksache 6/7214 vom 23.08.2017

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7200/7214.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7200/7214.pdf)

### **Antwort der Landesregierung**

Drucksache 6/7704 vom 30.11.2017

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_7700/7704.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_7700/7704.pdf)

## **Stärkung der Heimat- und Kulturförderung für mehr Lebensqualität im Land Brandenburg**

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/8065 vom 30.01.2018

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_8000/8065.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_8000/8065.pdf)

Während die CDU leider versäumt hat, in ihrer Anfrage ihre Sicht auf die Begriffe „Heimat“ und „Brauchtum“ auch nur annähernd zu klären, hat die Landesregierung in ihrer Antwort die wechselvolle Geschichte Brandenburgs mit Jahrhunderten von Wanderungsbewegungen, mit einer nationalen Minderheit mit eigener Sprache und Bräuchen skizziert. Im Entschließungsantrag fordert die CDU u. a. einen „Heimat- und Kulturhaushalt“, ohne plausibel zu machen, wie sich dieses Ansinnen von anderen Haushaltsbereich abgrenzen soll. Ich habe insbesondere kritisiert, dass die CDU die Zerstörung von ganzen Landstrichen durch den Braunkohletagebau bei ihrer Sorge um die Heimat völlig ausgeblendet habe und die Verockerung der Spree, das Bienensterben und der Anstieg des Nitratgehalts des Grundwassers das Gegenteil von Heimatpflege sei.

Der Entschließungsantrag wurde abgelehnt.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier lesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2018/mlvh-20180201-brauchtum/>